

„A next step in the study of representation ... must take off from the compositional nature of the phenomenon. ... Otherwise the puzzle of representation – having representative government but not knowing what it is about – will continue to bewilder the political imagination.“ (Eulau/Karps 1977:250)

1. Einleitung

Wen Repräsentanten vertreten und wie sie dieses tun – das wird der Gegenstand vorliegender Arbeit sein. Warum und mit welchen Folgen sie so repräsentieren werden die Leitfragen der Analyse sein. Dabei wird es auch um *normative* Aspekte gehen: wen und wie sollen Repräsentanten vertreten. Im Zentrum steht jedoch eine *empirische* Untersuchung des Rollenverständnisses von Abgeordneten in elf Ländern der Europäischen Union.

Die Relevanz des Untersuchungsgegenstandes mag anhand zweier Beispiele, die der aktuellen Tagespresse entnommen wurden, exemplarisch verdeutlicht werden:

Am 14. Dezember 2000, nach langen juristischen Auseinandersetzungen um das Wahlergebnis der US-Präsidentenwahl, erklärte George Walker Bush nach der *Concession Speech* seines Kontrahenten: „Ich bin nicht gewählt worden, um einer Partei zu dienen, sondern um einer Nation zu dienen“¹.

In einem am 18. Februar 2001 im Berliner Tagesspiegel erschienenen Interview äußert sich der Vorsitzende der Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* folgendermaßen: „Der Kanzler hat gesagt, das Parlament solle sich mit diesem Thema in einem freien Diskurs auseinander setzen. ... Für diese Entscheidung sollte der Fraktionszwang zu Gunsten der Gewissensentscheidung aufgegeben werden“².

Die Frage, wen und wie gewählte Repräsentanten vertreten, warum und mit welchen Folgen sie dieses tun, ist also nicht nur ein wissenschaftliches Thema mit normativen und

¹ *Süddeutsche Zeitung* vom 15.12.2000, S. 1.

² *Der Tagesspiegel* vom 18.02.2001, S. 4.

empirischen Bezügen, sondern auch eine aktuelle politische Streitfrage. Das erste Beispiel gibt uns zwei Alternativen, wen Repräsentanten vertreten können: die Partei, welcher der Repräsentant³ sein Mandat verdankt, und die gesamte Nation. Dieses sind nicht die einzigen möglichen Bezugspunkte der Mandatsausübung, wie im Verlaufe der Arbeit noch zu zeigen sein wird. Das zweite Beispiel offenbart zwei unterschiedliche Arten, wie Repräsentanten die Repräsentierten vertreten können: der freien Gewissensentscheidung steht ein gebundenes Mandat gegenüber.

Die Wichtigkeit dieser beiden Aspekte rührt daher, daß sie elementare Fragen eines jeden repräsentativ verfaßten demokratischen Gemeinwesens berühren. Es geht darum, wie gesellschaftliche Interessen in demokratisch legitimierte Entscheidungen überführt werden. Es geht um die Frage, wie das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, zwischen Abgeordneten und Bürgern, ausgestaltet ist, bzw. sein sollte. Es geht um eines der Wesensmerkmale des Prozesses politischer Repräsentation.

Politische Repräsentation wird hier untersucht werden aus der Perspektive der Repräsentanten. Ihr Mandatsverständnis und ihre Mandatsausübung, mit anderen Worten: ihre Repräsentationsrolle wird dabei im Zentrum dieser Arbeit stehen. Die beiden bereits angesprochenen Aspekte der Repräsentationsrolle, wen und wie Repräsentanten vertreten, werden in Gestalt von zwei Dimensionen gefaßt und mit den Begriffen *Focus* und *Style* beschrieben, die seit langem Eingang in die Repräsentationsforschung gefunden haben (vgl. Eulau et al. 1959).

Dieses zweidimensionale Konzept der Repräsentationsrolle der Abgeordneten soll in drei Schritten, in Form von drei Teilfragen erarbeitet werden:

1. Welche Vorstellungen, welches Verständnis haben Abgeordnete von ihrer Repräsentationsrolle?
2. Wie lassen sich unterschiedliche Vorstellungen von der Repräsentationsrolle erklären?
3. Welche Auswirkungen haben unterschiedliche Auffassungen der Abgeordneten von ihrer Repräsentationsrolle?

³ Auf die geschlechtsspezifische Unterscheidung in *Repräsentant* und *Repräsentantin* wird hier und im folgenden verzichtet. Diese Differenzierung mag zwar ‚politisch korrekt‘ sein, doch wird sie hier als redundant begriffen, weil es um eine vom Geschlecht zu abstrahierende Funktionsbezeichnung geht. Im Übrigen wird der Einfluß des Geschlechts auf die Repräsentationsrolle explizit in Kapitel 4 untersucht werden.

Der theoretische Ansatz dieser Arbeit wird sich eines sozialwissenschaftlichen Rollenkonzeptes bedienen, um das eingangs zitierte Puzzle: *having representative government but not knowing what it is about*, mittels einer Verbindung von Individuum und Institution aufzulösen.

Über den bisherigen Stand der Forschung geht diese Arbeit insbesondere durch die Einbeziehung grundlegender Institutionen-Settings als Erklärungsmoment für unterschiedliche Auffassungen von der Repräsentationsrolle hinaus, ein Ansatz, der erst durch eine komparative Datenbasis empirisch faßbar wird.

Bevor wir uns der Erläuterung und Ausdifferenzierung der Fragestellung sowie der Präsentation der grundlegenden forschungsleitenden Hypothesen widmen, soll im folgenden kurz verdeutlicht werden, welche Bedeutung die hier gewählte Thematik für das Funktionieren moderner Demokratien und den Prozeß politischer Repräsentation hat, um daran anschließend dieses Einleitungskapitel mit der Darstellung der Datenbasis und des Untersuchungsdesigns zu beenden.

1.1. Demokratie, Repräsentation und Rollenorientierungen von Abgeordneten

Demokratie in komplexen, hochgradig differenzierten Industriegesellschaften ist repräsentative Demokratie: die Entscheidungsfindung erfolgt in der Regel durch Repräsentanten, die aus demokratischen Wahlen hervorgehen und die ihnen übertragenen Kompetenzen im Sinne der Repräsentierten ausüben. Dieses Konzept politischer Repräsentation kann als wesentliches Organisationsprinzip demokratischer Herrschaft in modernen Gesellschaften betrachtet werden. In allen modernen Demokratien sind die zentralen Körperschaften der Entscheidungsfindung die Parlamente. Sie sind die Repräsentationskörperschaften schlechthin, allein ihre Mitglieder verfügen über eine unmittelbare Legitimation. Es wird also in vorliegender Arbeit um die Untersuchung politischer Repräsentation gehen, welche als ein vielschichtiger Prozeß zwischen Abgeordneten und Bürgern verstanden wird.

Nun ist die Untersuchung politischer Repräsentation weder ein besonders neuer Gegenstand noch derzeit übermäßig en vogue. Warum also widmen wir uns dem Studium politischer Repräsentation? Oder, mit anderen Worten, wie kann die Relevanz unseres Themas begründet werden? Zwei wichtige Gesichtspunkte sollen hier hervorgehoben werden: Erstens stellt politische Repräsentation den Kernbereich der Artikulation, Willensbildung und Entscheidungsfindung in modernen Demokratien dar. Und zweitens

verspricht die Analyse politischer Repräsentation Auskunft über bedeutsame Funktionsbedingungen moderner, repräsentativ verfaßter Demokratien.

Was hat nun Demokratie mit politischer Repräsentation zu tun? Wie können wir die oben beschriebene Beobachtung, Demokratie in modernen Gesellschaften ist repräsentative Demokratie, näher bestimmen? Das Verhältnis von Demokratie und politischer Repräsentation ist sicherlich ein wechselseitiges. Die demokratische Verfaßtheit einer Gesellschaft, die Ausgestaltung ihrer politischen Institutionen sowie der Grundkonsens über demokratische Werte haben einen bedeutsamen Einfluß auf politische Repräsentation, auf das Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten. Diese Faktoren konstituieren die Grundbedingungen für den Prozeß politischer Repräsentation. Auf der anderen Seite führen unterschiedliche Vorstellungen in einer Gesellschaft, wie das Verhältnis von Abgeordneten und Bürgern beschaffen sein soll, zu unterschiedlichen Akzentuierungen im Verständnis repräsentativer Demokratie. Dieses Verhältnis von Demokratievorstellungen und Repräsentationsmodellen wird im zweiten Kapitel dieser Untersuchung noch ausführlich diskutiert werden.

Wie wollen wir uns nun unserem Untersuchungsgegenstand ‚politische Repräsentation‘ nähern? Welche Ansätze der Repräsentationsforschung sind geeignet, unseren Gegenstand zu erhellen? Da im Zentrum dieser Arbeit das Verhältnis zwischen Abgeordneten und Bürgern stehen soll, scheinen Ansätze wie ‚Soziale Repräsentation‘⁴, welcher die soziale Zusammensetzung von Parlament und Bürgerschaft vergleicht, oder ‚Symbolische Repräsentation‘, wo Parlamentarier die Gesamtheit der Bürger symbolisieren, zu kurz zu greifen, da sie eine eher statische Grundkonzeption verfolgen, zwar beide Seiten des Repräsentationsprozesses betrachten, jedoch nicht die Interaktion zwischen Abgeordneten und Bürgern untersuchen. Soziale und Symbolische Repräsentation, die Hanna Pitkin (1967: 60; 92) unter den Begriff ‚*Standing For*‘-*Representation* subsumiert, werden modernen demokratietheoretischen Konzeptionen nicht gerecht, da sie die Input-Seite des politischen Prozesses außer Acht lassen und eine Rückbindung getroffener politischer Entscheidungen an die Präferenzen der Bürgerschaft nicht konzeptualisieren.

⁴ Diese Konzepte wurden von Hanna Pitkin (1967) entlehnt und sollen weiter unten noch ausführlich diskutiert werden.

Weitaus interessanter für unsere Fragestellung sind repräsentationstheoretische Ansätze, die von Pitkin als ‚Acting For‘-Representation bezeichnet werden. Hier stehen die Repräsentanten nicht *für etwas*, sie *tun etwas*:

„... *representation as an acting for others, an activity in behalf of, in the interest of, as the agent of, someone else.*“ (Pitkin 1967:113).

Dabei darf ‚Acting For‘ nicht auf tatsächliches Entscheidungshandeln der Parlamentarier beschränkt gesehen werden, die Aufnahme der Interessen der Repräsentierten sowie deren Artikulation sind ebenfalls elementare Bestandteile dieses Konzeptes.

Zwei Ansätze, die dem Konzept von ‚Acting For‘-Representation zuzuordnen sind, werden die Grundlage dieser Untersuchung darstellen: im Vordergrund steht das bereits erwähnte Konzept der Rollenrepräsentation, welches verbunden werden soll mit dem Konzept der Policy-Repräsentation. Rollenrepräsentation fragt, ganz im Sinne der eingangs aufgeworfenen Leitfrage der vorliegenden Studie, danach, wie Parlamentarier ihre Rolle als Repräsentanten begreifen. Policy-Repräsentation untersucht, in wie weit Abgeordnete und Bürger die gleichen Ansicht über politische Themen und Streitfragen teilen. Während Rollenrepräsentation das zentrale Konzept in unserer Untersuchung darstellt, soll Policy-Repräsentation benutzt werden, um die Auswirkungen der Einnahme einer bestimmten Rolle zu analysieren.

Warum werden ausgerechnet dem Rollenansatz der Repräsentationsforschung derart bedeutsame Erklärungschancen für die Erhellung unserer Fragestellung eingeräumt? Anders formuliert, welche Erklärungskraft hat die Kategorie der ‚Rolle‘ für die Klärung der Frage, wie wir das Verhältnis von Abgeordnete und Bürgern analysieren können? Die Vorzüge des Rollenansatzes lassen sich leichter bestimmen, wenn wir näher betrachten, was soziale Rollen eigentlich sind. Ohne dem theoretischen Teil allzu weit vorgreifen zu wollen, soll folgende Arbeitsdefinition sozialer Rollen den weiteren Ausführungen zugrunde gelegt werden: Rollen sind:

„... *ein Bündel von Erwartungen, die an den Inhaber einer sozialen Position gerichtet sind.*“ (Scheuch/Kutsch 1975:98).

Profan ausgedrückt, können Rollen verstanden werden als der soziale Kitt, der aus andernfalls atomisierten Individuen erst soziale Gebilde macht. Bezogen auf die hier untersuchte Thematik vermittelt also die Abgeordnetenrolle zwischen Mandatsträgern

und Bürgern. Insofern verspricht der Rekurs auf das Rollenkonzept, Aufklärung über den Prozeß politischer Repräsentation zu geben.

Gerade hier liegt auch die Relevanz der Fragestellung vorliegender Arbeit begründet. Durch die Analyse der Rollenorientierung von Abgeordneten und der mit diesen verbundenen Implikationen erwarten wir ein besseres Verständnis grundlegender Funktionsbedingungen moderner parlamentarischer Demokratien.

1.2. Fragestellung und forschungsleitende Hypothesen

Nachdem der konzeptuelle Rahmen der Arbeit verdeutlicht wurde, sollen nun die eingangs entwickelte Fragestellung weiter ausdifferenziert und die grundlegenden forschungsleitenden Hypothesen vorgestellt werden. ‚Wie verstehen Abgeordnete ihre Rolle als Repräsentanten‘ ist die Ausgangsfrage dieser Untersuchung. Sie kann in drei selbständige Teilfrage untergliedert werden: erstens, welche Rollenorientierungen haben Abgeordnete; zweitens, wo kommen diese Rollenorientierungen her; und drittens, welche Auswirkung haben Rollenorientierungen. Diese Teilfragen sollen im folgenden kurz erläutert werden.

Welche Rollenorientierungen haben Abgeordnete? – Diese Frage widmet sich der Analyse der Ausgestaltung der Abgeordnetenrolle, bzw. des Verständnisses des Abgeordneten von seiner Rolle. Mit ihr sind eine Reihe gravierender Forschungsfragen verbunden. Wie können wir die Abgeordnetenrolle konzeptualisieren? Wie kann die theoretisch gewonnene Konzeptualisierung operationalisiert und gemessen werden? Der Beantwortung dieser Fragen, die, im Anschluß an die Entwicklung des theoretischen Rahmens dieser Arbeit, in Kapitel 3 erfolgen wird, liegt eine grundlegende Hypothese zugrunde, die zwar im vorangegangenen Abschnitt bereits anklang, jedoch noch nicht expliziert wurde:

Rollenorientierungen von Abgeordneten sind Ausdruck für bestimmte Formen politischer Repräsentation, die für ein je unterschiedliches Verständnis repräsentativer Demokratie stehen.

Das Demokratieverständnis der Parlamentarier kann zum einen individueller Natur sein, zum anderen besteht die Möglichkeit, daß Nationen sich grundlegenden in Bezug auf das Verständnis von Demokratie unterscheiden. Somit stellt sich hier folgende Frage:

Welches sind die Ursprünge der Rollenorientierungen von Abgeordneten? – Diese Frage sucht nachzuweisen, daß Rollenorientierungen von Abgeordneten nicht beliebig gewählt werden. Zwar wäre es nicht angemessen, anzunehmen, daß die Einnahme einer konkreten Rollenorientierung durch bestimmte Faktoren in einem strengen Sinne determiniert ist, doch gehen wir von der Arbeitshypothese aus, daß die Affinität zu bestimmten Rollenorientierungen geprägt ist durch eine Reihe von Merkmalen, die auf der Mikro- und Makro-Ebene angesiedelt werden können.

Einerseits nehmen wir an, daß Bestimmungsgründe von Rollenorientierungen auf der Individual-, bzw. Mikro-Ebene zu suchen sind. Bei diesen handelt es sich um Faktoren, die innerhalb der untersuchten Länder variieren, also den einzelnen Abgeordneten zuzuordnen sind. Auf der Mikro-Ebene wird die primäre und sekundäre Sozialisation des Abgeordneten durch folgende Erklärungsfaktoren untersucht werden: sozial-demographische Variablen wie Alter, Geschlecht und Bildung; politisch-ideologische Variablen wie Parteizugehörigkeit, Links-Rechts-Positionierung und Werteorientierung (nach Inglehart); parlamentarisch-sozialisatorische Variablen wie die Länge der Partei- und Parlamentszugehörigkeit, die Mitgliedschaft in der Regierung oder die Einnahme von Ämtern und Funktionen in Interessengruppen.

Andererseits können Bestimmungsgründe von Rollenorientierungen auf der Ebene des politischen Systems, der Makro-Ebene, vermutet werden. Aus diesem Grunde wurde in der vorliegenden Arbeit ein komparatives Untersuchungsdesign gewählt. Als Bestimmungsgründe auf der Makro-Ebene werden folgende Systemmerkmale in die Diskussion einbezogen: die Verfassung eines Landes, das Wahlsystem, das Parteiensystem, das Regierungssystem und das Intermediäre System. Zwar lassen sich für all diese Systemmerkmale begründete Hypothesen ihres Einflusses auf die Repräsentationsrolle formulieren, doch ergibt sich erst aus der Integration der Charakteristika des politischen Systems die Möglichkeit, Repräsentationsrolle und demokratietheoretische Vorstellungen aufeinander zu beziehen. Diese Integration der einzelnen Systemmerkmale lehnt sich an die Lijphart'sche Konzeption vom Demokratietypus an, die konsensuale von majoritären Demokratien unterscheidet.

Wie verhält es sich nun mit der Erklärungskraft, mit der Erklärungsstärke dieser beiden Arten von Bestimmungsgründen? Hier vermuten wir:

Von beiden Arten von Bestimmungsfaktoren, sowohl von Makro- wie auch von Mikro-Determinanten, geht eine Prägung der Repräsentationsrolle aus. Erst die Berücksichtigung der grundlegenden Institutionen-Settings macht eine Untersuchung von Bestimmungsgründen auf der Mikro-Ebene sinnvoll.

Damit wird ein ganz wesentliches Desiderat bisherigen Untersuchungen beseitigt: Studien, welche die präferierte Repräsentationsrolle des Abgeordneten allein durch Determinanten auf der Mikro-Ebene zu erklären versuchten (z.B. Kielhorn 1995), konnten mangels geeigneter Variationen auf der Makro-Ebene den Einfluß von politischen Institutionen nicht hinreichend abschätzen⁵. Erst wenn für den institutionellen Rahmen, die grundlegenden Charakteristika des politischen Systems kontrolliert werden kann, ist eine fundierte Bestimmung des Einflusses der Individualebene sinnvollerweise möglich.

Der Untersuchung der Bestimmungsfaktoren von Rollenorientierungen auf der Makro- und Mikro-Ebene widmet sich das Kapitel 4 dieser Arbeit.

Welche Auswirkungen haben Rollenorientierungen? – Die dritte unserer Teilfragen beschäftigt sich mit den Konsequenzen, die aus der Einnahme bestimmter Rollenorientierung resultieren. Diese ‚So What-Question‘ geht davon aus, daß das Rollenkonzept ein folgenreiches ist, wir also nicht nur Rollenorientierungen und ihre Bestimmungsgründe identifizieren können, sondern auch die Bedeutsamkeit der Repräsentationsrolle für den Prozeß politischer Repräsentation nachweisen können. Die grundlegende Hypothese kann folgendermaßen formuliert werden:

Rollenorientierungen haben eine Auswirkung auf die Dispositionen wie auch das Verhalten von Abgeordneten.

Konsequenzen der Repräsentationsrolle werden vorrangig für die politische Responsivität von Repräsentanten und Repräsentierten untersucht. Dabei wird ein hierarchisch strukturiertes, mehrdimensionales Responsivitätskonzept zum Tragen

⁵ Ein rares Gegenbeispiel ist hier Weßels (1999a), wo sowohl Mikro- als auch Makro-Faktoren zur Erklärung des Rollenverständnisses herangezogen wurden.

kommen, welches besteht aus: Kontakt-Responsivität, Gruppen-Responsivität und Policy-Responsivität. Notwendig für responsives Verhalten, so soll argumentiert werden, sind erstens Kontakte zwischen Abgeordneten und Bürgern, zweitens die Bereitschaft auf der Seite der Abgeordneten, bestimmte Personen und Institutionen bei der parlamentarischen Entscheidungsfindung zu berücksichtigen und drittens eine Übereinstimmung in den Ansichten von Repräsentanten und Repräsentierten über bedeutsame politische Sachfragen. Die Untersuchung dieser Teilfrage wird im Kapitel 5 vorliegender Arbeit erfolgen.

In Analogie zu prägnanten anglo-amerikanischen Formulierungen kann postuliert werden: *„Role Orientations Do Matter“*. Diese Hypothese kann weniger durch die Analyse der Rollenorientierungen als durch die Implikationen der Rolle, ihrer Konsequenzen für den Prozeß politischer Repräsentation untersucht werden.

Bevor wir zur Erarbeitung des theoretischen Rahmens dieser Arbeit kommen, soll zunächst noch kurz auf die methodische Durchführung und die Datenbasis des empirischen Teils der Untersuchung eingegangen und abschließend eine Zusammenfassung des Untersuchungsaufbaus in graphischer Form vorgelegt werden.

1.3. Methodik, Datenbasis und Untersuchungsaufbau

Der empirische Teil vorliegender Untersuchung wird eine quantifizierende Analyse der Repräsentationsrolle von Abgeordneten, ihren Ursprüngen und Konsequenzen im westeuropäischen Vergleich durchführen.

Erst die vergleichende Untersuchung bietet die Möglichkeit, systematische Erkenntnisse über den Prozeß politischer Repräsentation, über das Wechselverhältnis von Abgeordneten, Institutionen und Wählern zu gewinnen, die nicht durch ein Land mit ganz spezifischen kulturellen und strukturelle Ausprägungen determiniert sind. Erst durch den komparative Ansatz wird es möglich, Systemmerkmale, die ja in erster Linie nicht innerhalb, sondern nur zwischen verschiedenen Nationen variieren, als Erklärungsfaktoren heranzuziehen. Länder werden nicht als ideosynkratische Einheiten verstanden, sondern es soll, ganz im Sinne von Przeworski und Teune (1970), versucht werden, Ländernamen durch Konzepte zu ersetzen.

Die Länderauswahl erfolgte, in Anlehnung an die Kriterien der Fallselektion von Aarebrot und Bakka (1997:59), auf der Grundlage einer räumlichen und analytischen Taxonomie: es sollten alle westeuropäischen Demokratien untersucht werden, die durch geographische Nähe und ähnliche historische Erfahrungen charakterisiert werden können; zudem sollten grundlegende Variationen der Makro-Ebene in Bezug auf die untersuchten

Systemmerkmale, d.h. das Wahl-, Parteien-, Regierungs- und Intermediäre System, durch die Länderauswahl abgedeckt werden. Wie so oft unterlag auch diese Studie gewissen forschungsökonomischen Restriktionen, so daß wir in unserer Analyse letztendlich auf elf Länder zurückgreifen können: Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien und Schweden.

Die Datenbasis der Untersuchung stellen Befragungen von Abgeordneten und Wählern in diesen elf Ländern sowie Makro-Indikatoren der jeweiligen Systemcharakteristika dar. Die Befragungsdaten entstammen der ‚*European Representation Study*‘. Die Befragung der Wähler erfolgte im Rahmen der ‚*European Election Study 1994*‘, die von Hermann Schmitt (Mannheim) geleitet wurde. Die Befragung der Abgeordneten wurde von einem europäischen Forschungsnetzwerk in den Jahren 1994 bis 1997 durchgeführt, welches von Jacques Thomassen (Enschede, Niederlande) und Bernhard Weßels (Berlin) koordiniert wurde. Da diese Studien ausführlich dokumentiert (Katz/Weßels 1999; Schmitt/Thomassen 1999) und dem wissenschaftlichen Publikum mittlerweile zugänglich sind⁶, wird auf eine ausführliche Dokumentation der Daten in der vorliegenden Untersuchung verzichtet.

Abschließend soll noch einmal der Gang vorliegender Untersuchung in graphischer Form, wie in Schaubild 1.1 dargestellt, zusammengefaßt werden. Zur Wiederholung wird dieses Schaubild jedem empirischen Kapitel vorangestellt, um den Stellenwert des jeweiligen Kapitels für den Aufbau der Untersuchung noch einmal hervorzuheben. Der jeweils untersuchte Teil wird dabei grau unterlegt werden. Hier ist dieses die Gesamtanlage der Untersuchung: im Zentrum der Arbeit steht die Auffassung des Abgeordneten von seiner Repräsentationsrolle, wie diese erklärt werden kann und welche Auswirkungen ihr erwachsen. Es wird einerseits angenommen, daß sich die Repräsentationsrolle durch Bestimmungsgründe auf der Mikro- und Makro-Ebene erklären läßt. Andererseits gehen wir davon aus, daß die Repräsentationsrolle ihrerseits folgenreich für die Dispositionen und das Verhalten von Abgeordneten ist. Vor der Analyse von Determinanten und Konsequenzen steht zuerst eine Bestandsaufnahme der Repräsentationsrolle (Kapitel 3). Darauf folgt die Untersuchung der Bestimmungsgründe

⁶ Die Studien sind beim *Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln* erhältlich: die Wählerstudie ist unter dem Titel *European Election Study 1994* (ZA-Studiennummer 2865), die Abgeordnetenstudie unter dem Titel *European Members of Parliament Study 1996* (ZA-Studiennummer 3079) archiviert.

(Kapitel 4) und Konsequenzen (Kapitel 5) der Rollenorientierungen. Doch zuvorderst ist die Entwicklung des theoretischen Bezugsrahmens der Arbeit zu leisten (Kapitel 2).

Schaubild 1.1: Rollenorientierungen von Abgeordneten in Europa: der konzeptuelle Rahmen der Untersuchung

